

Fragebogen für Arbeitgeber gemäß § 9 Abs. 3 MuSchG / § 18 Abs. 1 BEEG

1. Arbeitnehmer/in (im Weiteren als AN bezeichnet)
 - 1.1 Name, Anschrift der AN (mit Telefon wegen Rückfragen)

 - 1.2 (Voraussichtlicher Entbindungstermin)

 - 1.3 Inanspruchnahme von Elternzeit schriftlich angezeigt vom bis zum (bei schriftlicher Anzeige der Elternzeit bitte eine Kopie als Anlage beifügen)

 - 1.4 Kündigungsfrist des AN bzw. zu welchem Zeitpunkt soll das Arbeitsverhältnis des AN beendet werden?

 - 1.5 Wurde dem AN die Kündigung bereits ausgesprochen? (Wenn ja, weisen wir Sie hiermit auf die Nichtigkeit dieser gemäß MuSchG/BEEG i. V. m. § 134 BGB hin. Eine bereits ergangene Kündigung kann nicht rückwirkend für zulässig erklärt werden.)

 - 1.6 Wann erhielten Sie bzw. ein bevollmächtigter Vertreter erstmals Kenntnis von der Schwangerschaft?

2. Arbeitgeber (im Weiteren als AG bezeichnet)
 - 2.1 Name, Anschrift des AG (mit Telefon wegen Rückfragen)

 - 2.2 Art der Tätigkeit des Betriebs / Unternehmens

 - 2.3 Wie viele Beschäftigte waren zuletzt im Betrieb / Unternehmen tätig?

Bei Filialen / Niederlassungen: Wie viele Mitarbeiter waren in der Filiale/NL tätig, in welcher der AN gearbeitet hat; wie viele AN hat das Gesamtunternehmen?

 - 2.4 Wie viele Beschäftigte sollen gekündigt werden und zu welchem Zeitpunkt?

2.5 Eine Stellungnahme des Betriebs-/Personalrates (falls vorhanden) zur beabsichtigten Kündigung der AN ist als Anlage beizufügen (ggf. auch ein abgeschlossener Sozialplan/ Interessenausgleich, sofern sich daraus dessen Stellungnahme ergibt).

2.6 Begründung der Antragstellung:

2.7 Bitte fügen Sie als Anlage, soweit nicht bereits erfolgt und **bezogen auf den jeweiligen Einzelfall**, u. a. folgende Beweismittel bei:

- a) Gesellschafterbeschluss
- b) Gewerbeabmeldung bzw. sofern noch nicht erfolgt die Gewerbeabmeldung/Mietvertragskündigung
- c) Beschluss des Amtsgerichtes bezüglich der Insolvenzeröffnung/Abweisung mangels Masse
- d) Beschluss des Amtsgerichtes zur Betriebsstilllegung bzw. der Kündigung der Dauerschuldverhältnisse
- e) Gutachten des vorläufigen Insolvenzverwalters gegenüber dem Amtsgericht bezüglich der Zahlungsunfähigkeit/Überschuldung des Gemeinschuldners
- f) Anzeige der Massenentlassung beim Arbeitsamt gemäß § 19 KSchG
- g) Bei Existenzgefährdung: Bilanz des Vorjahres, Stellungnahme eines Steuerberaters, betriebswirtschaftliche Auswertung mindestens der letzten sechs Monate, Umsatzentwicklung innerhalb eines Jahres o. ä.

2.8 Zu welchem Zeitpunkt wird. Bzw. wurde die Geschäftstätigkeit vollständig und dauerhaft eingestellt?

2.9 Wann enden die längsten Kündigungsfristen der Arbeitnehmer?

2.10 Für welchen Zeitraum ist die Abwicklung des Betriebes geplant?

Wie viele Arbeitnehmer werden während der Abwicklung noch beschäftigt?

2.11 Wird der gesamte Betrieb oder eine funktionierende Einheit davon von einem anderen Inhaber/Geschäftsführer/Vorstand (ggf. unter einem anderen Namen) weitergeführt?

Wenn ja, von wem (Betriebsanschrift bitte benennen)?

2.12 Ist ein Betriebsübergang i. S. d. § 613a BGB anzunehmen bzw. wurde der betroffene AN von Ihnen oder dem neuen Inhaber von einem Übergang i. S. d. § 613a Abs. 5 BGB schriftlich in Kenntnis gesetzt (bitte als Kopie beifügen)?

2.13 Existieren in einer zumutbaren Entfernung (3h Fahrzeit für Hin- und Rückfahrt bei 8h täglicher Arbeitszeit) weitere Filialen/Niederlassungen/Betriebsteile usw. des Betriebes, welche bestehen bleiben?

Wenn ja, wo (Anschrift angeben) bzw. gibt es dort freie Arbeitsplätze auf welchen der AN weiter beschäftigt werden kann?

2.14 Bestehen andere Weiterbeschäftigungs- oder Umsetzungsmöglichkeiten für den AN bzw. wurde dem AN ein entsprechendes schriftliches Angebot unterbreitet (Ergebnis bitte benennen bzw. ggf. Schriftwechsel als Anlage vorlegen)?

3. Insolvenz (bitte nur bei Insolvenz ausfüllen):
3.1 Name, Anschrift des vorläufigen bzw. ernannten Insolvenzverwalters (mit Telefon)

- 3.2 Erfolgte unmittelbar vor oder nach der Antragstellung auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens ein Verkauf des Betriebes oder von Betriebsteilen (funktionsfähige Einheit)?

Wenn ja, wann, an welches Unternehmen, was wurde konkret veräußert und welcher Geschäftszweck wird von diesem Unternehmen verfolgt?

Berücksichtigen Sie bei Ihren Ausführungen insbesondere die o. g. Punkte 2.11 und 2.12. und nehmen Sie zu § 613a BGB Stellung, a. u. zu den Absätzen 5 und 6.

- 3.3 Wann ist frühestens mit dem Abschluss des Insolvenzverfahrens zu rechnen?

- 3.4 Nur bei § 18 Abs. 1 BEEG
Bestehen Ihrerseits Einwendungen, die Bedingung in den Bescheid aufzunehmen, „dass die Kündigung erst zum Ende der Elternzeit ausgesprochen wird“?

Wenn ja, bitte benennen Sie die Gründe.

Hinweis:

Für die Entscheidung über Ihren Antrag sind insbesondere nachvollziehbare Beweismittel u. a. gemäß Punkt 2.7 wesentlich. Z. B. wird die Mitteilung „der Betrieb wird stillgelegt“ nicht als ausreichend erachtet, wenn hierzu konkrete Beweismittel fehlen. Es obliegt Ihnen als Arbeitgeber nachvollziehbare Tatsachen vorzutragen bzw. geeignete Beweismittel zu übersenden.

Ort, Datum:.....

Unterschrift des Arbeitgebers:.....

Bitte senden Sie diesen Fragebogen spätestens bis zum zurück an:

Thüringer Landesbetrieb für Arbeitsschutz und technischen Verbraucherschutz
Regionalinspektion Gera
z. H. Frau Sachse
Otto-Dix-Straße 9
07548 Gera